

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren im Rat der Stadt Hagen, liebe Zuhörer,

der vorliegende Doppelhaushalt wurde im November 2017 durch unseren Kämmerer in seinen wesentlichen Zügen vorgestellt. In seinem Vortrag machte er an verschiedenen Stellen klar, dass es dazu so gut wie keine Alternativen gäbe. Ja, er ermahnte die Politik eindringlich dazu auf weitergehende Wünsche zu verzichten.

Eine klare Direktive vom Kämmerer – quasi mit erhobenem Zeigefinger.

Da ist es für mich völlig verständlich, dass sich beim engagierten Ratsmitglied - schon rein reflektorisch - zunächst der Widerspruch regt nach dem Muster: Der Rat bestimmt doch den Haushalt und nicht der Kämmerer. Wie kommt er dazu, mir vorzuschreiben, was ich darf und was nicht.

Auch bei mir war das so. Und das obwohl ich eine ähnliche Einlassung von Christoph Gerbersmann auf den Fraktionstagen von Hagen Aktiv wenige Wochen vorher schon einmal gehört hatte.

Schaut man aber mit etwas Ruhe und zeitlichen Abstand genauer hin, sieht man schnell, dass es nicht der Kämmerer ist, der da unseren Haushalt dominieren will bzw. diesen eigenmächtig festschreibt. Eigentlich ist er nur der „Vollstreckungsbeamte“ oder „Hiobsbote“ einer höheren Instanz, die da den Namen „Stärkungspakt“ trägt und im Land NRW angesiedelt ist.

Sie alle wissen, dass Hagen - wie 33 weitere Kommunen auch - das Stärkungspaktgesetz vom Land NRW im Jahr 2011 unter den Weihnachtsbaum gelegt bekam. Damit verbunden war zunächst eine Sanierungshilfe in Höhe von rund 36 Millionen EURO, die über 5 Jahre hinweg vollständig gewährt wurde. Ab 2016 wurde bzw. wird diese Sanierungshilfe schrittweise zurückgefahren, bis sie 2021 bei Null ankommt.

Im Gegenzug musste Hagen eine Konsolidierungsvereinbarung mit der Aufsichtsbehörde abschließen. Diese beinhaltet: 1. Der kommunale Haushalt muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen sein. 2. Bis spätestens zum Jahr 2020 muss ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft erreicht werden. 3. Der Stärkungspakt wird von weiteren politischen Maßnahmen flankiert. Dazu gehört, dass die teilnehmenden Kommunen von der Finanzaufsicht stärker begleitet werden. Sie müssen dreimal jährlich Bericht erstatten und mit einer restriktiven Praxis bei der Genehmigung des Haushalts rechnen.

Das Erreichen der so genannten schwarzen Null am Ende des Gesamtprozesses „Stärkungspakt“ wird dadurch gleichsam zu einem Fanal für unseren städtischen Haushalt und für den, der ihn zu planen hat. Die Forderung des Kämmerers, dieses Ziel nicht zu gefährden ist für mich deswegen nur konsequent und in allen Belangen nachvollziehbar. Und das umso mehr, da der Haushaltsausgleich 2017 zum ersten Mal seit 25 Jahren wieder erreicht werden konnte.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch nicht verhehlen, dass Hagen Aktiv nie ein wirklicher Freund dieses Stärkungspaktes war, der von den etablierten Parteien

eingeführt wurde, um den hoch verschuldeten Kommunen in NRW aus der Klemme zu helfen. Allzu deutlich ist doch, dass dieser Stärkungspakt selbst eine Klemme bedeutet, der den Akteuren im Rat enge Bandagen - fast schon bis zur vollständigen Bewegungslosigkeit - anlegt. Wir hätten uns stattdessen eher alternative Wege der Gemeindefinanzierung gewünscht, die dann hoffentlich die städtischen Strukturen mehr geschont hätten. Man darf nicht übersehen, dass die Sparleistung letztendlich ja nicht vom Kämmerer sondern von den Bürgerinnen und Bürgern erbracht wurde – durch die Zahlung höherer Abgaben bzw. den Verzicht auf so manche städtische Leistung.

Aber: Die Teilnahme am Stärkungspakt war Ende 2011 schließlich unausweichlich. Ich erinnere mich noch, dass die jährliche Nettoneuverschuldung in Hagen in jenen Jahren bei über 100 Millionen € lag. In der Spitze sogar bei 160 Millionen €.

Im Vergleich dazu geht es uns jetzt schon viel besser, wie man an den Zahlen des vorliegenden Doppelhaushalts leicht ablesen kann. Der Haushalt ist auch in 2018 und 2019 ausgeglichen. Es geht uns sogar schon wieder so gut, dass ein kleiner Plusbetrag von etwa 1 Million EURO herauspringt.

Dass das nicht der Anlass sein kann, jetzt eine lange Liste von wünschenswerten Verbesserungen in den neuen Doppelhaushalt nachträglich einzupflegen muss jedem klar sein. Viel zu dünn ist das Eis, auf dem wir uns da noch bewegen. Nur ein kleiner Ruck von anziehenden Zinsen und schon bricht das Eis mit der Konsequenz, dass beim Haushaltssanierungsplan dann massiv nachgelegt

werden muss. In Hagen gibt es aber so gut wie nichts mehr, wo man noch sparen könnte. Ich wüsste nicht, wo.

Auch bei Hagen Aktiv gibt es diejenigen, die fragen, ob denn das Erreichen der schwarzen Null wirklich im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen muss – sozusagen als das „goldene Kalb“ der Hager Kommunalpolitik. Oder, ob es nicht besser sei, in die Stadt zu investieren, so dass sie wieder familienfreundlicher wird. Hintergrund dieser Zweifel ist die Befürchtung, dass trotz aller Sparbemühungen und Konsolidierungen am Ende das Ziel „schwarze Null“ nicht erreicht werden kann. Schon liegen ja auch Vorschläge auf dem Tisch - zum Beispiel von VERDI vorgetragen - wonach das Land einen Entschuldungsfond einrichten könne, um den hoch verschuldeten Kommunen zu helfen – etwa nach dem Vorbild der Hessenkasse. Dort werden ab Juli 2018 alle Kassenkredite der Kommunen vom Land Hessen übernommen.

„Dann hätten wir uns ja quasi völlig umsonst kaputt gespart“, könnte man spotten.

Nicht, dass ich diese Befürchtung nicht nachvollziehen könnte. „Gutheit ist Dummheit“, pflegte mein Vater immer zu sagen, wenn er mal wieder mit der Undankbarkeit seiner Nachbarn haderte. Dennoch: Aus meiner Lebenserfahrung heraus ist es allemal besser, beim Schwimmen den Kopf aus eigener Kraft über Wasser zu halten als aufzugeben und darauf zu setzen, dass man ja sowieso rechtzeitig aus dem Wasser gezogen wird.

Bleibt nachzudenken, wie man trotz der schwierigen Lage vielleicht doch Verbesserungen oder sinnvolle Investitionen hinbekommt. Als Paradeweg wird da

angeführt, dass sich die Stadt um Förder- und Projektmittel der EU, des Bundes oder des Landes bewerben solle. Gut wäre es, so diese Stimmen, wenn es Spezialisten gäbe, die tagaus und tagein darüber arbeiten, Mittel nach Hagen zu holen. Das scheint mir auf den ersten Blick ein guter und gangbarer Weg zu sein.

Damit er umso effektiver besprochen werden kann, möchte ich hier noch ergänzen, dass es in Land, Bund und auch in der EU heimische Abgeordnete aus den verschiedenen Parteien gibt, die schon im Vorfeld einer neuen Fördermittelaufgabe die Fördermittelleute in Hagen rechtzeitig informieren könnten, damit Hagen auch entsprechend schnell reagieren kann.

Aber auch hier gibt es etwas zu bedenken. Denn Fördermittel sind immer damit verbunden, dass die Stadt einen Eigenanteil beisteuern muss, den sie oftmals nicht oder nur schwer aufbringen kann. Schon im Vorfeld sollten deswegen Mittel für solche Zwecke in den Haushalt eingearbeitet werden. Vielleicht ist der Überschuss von rund einer Million EURO hier ein geeigneter erster Einstieg.

Und dann gibt es da ja noch die Mittel aus Landesprogrammen wie „Gute Schule“ oder dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz. Auf diese Weise kommen zurzeit erkleckliche Summen nach Hagen, die jedoch allesamt kaum strukturelle Verbesserungen erlauben und jeweils im Wesentlichen nur punktuell eingesetzt werden können. Zudem ist es oft nicht möglich, die auflaufenden Mittel zweckgerecht im dafür vorgesehen Zeitraum abzurufen. Da schwappt dann sozusagen ein „Kaventsmann“ an Fördermitteln durch die Gemeinde, der dann nur suboptimal oder völlig unzureichend genutzt werden kann, so dass die intendierten Verbesserungen ausbleiben.

Hagen Aktiv sagt, dass es da besser sei, wenn Land und Bund die Mittel den Kommunen auf anderen Wegen bereitstellen – vielleicht durch Gemeindefinanzierungsfonds, wie oben schon einmal in einem anderen Zusammenhang angesprochen. Aber, das ist ja mal wieder Bundes- und Landespolitik und kommunal nicht zu bewegen. Einen ersten Hoffnungsschimmer sehen wir da beim Deutschen Städtetag, der nicht müde wird, diese Idee voran zu tragen.

Meine Damen und Herren ,
nun habe ich schon mehr als die Hälfte meiner mir zugebilligten Redezeit verbraucht und habe noch nicht ein einziges Mal einen politischen Mitkonkurrenten angegriffen, bezichtigt oder sonst wie diskreditiert. Ich weiß gar nicht, ob soviel Rücksichtnahme in einer Haushaltsrede überhaupt zulässig ist.

Wie dem auch sei. Ich werde auch im letzten Drittel nicht damit anfangen, andere zu beschimpfen oder zu beschuldigen. Wenn mir eins klar geworden ist in den 14 Jahren meiner Ratszugehörigkeit, dann ist es die Tatsache, dass wir Verbesserungen für Hagen nur erreichen können, wenn die verantwortlich gewählten demokratischen Kräfte in konstruktiver Weise positiv zusammenwirken und sich nicht damit aufhalten, sich gegenseitig zu verunglimpfen.

Mit diesem Appell an die anderen Fraktionen im Rat möchte ich dann auch mein vorletztes Kapitel einleiten. Hier geht es darum, was in den kommenden zwei Jahren gemeinsam für Hagen erreicht werden kann – also für den Doppelhaushalt 2020/2021. Dank der konsequenten Haltung unseres Kämmers ist der Silberstreif am Hagener Horizont jetzt endlich erkennbar geworden. Ohne diesen

zu gefährden, sollten wir nun gemeinsam überlegen, wie wir nach den vielen Jahren der Entbehrungs- und Kürzungspolitik vorgehen wollen, um den Bürgerinnen und Bürgern wieder etwas zukommen zu lassen.

Da gibt es bereits eine Reihe von guten Vorschlägen anderer Fraktionen. Ich möchte diese Liste hier nicht wiederholen aber von Seiten Hagen Aktiv gerne erweitern.

So denke ich an dieser Stelle schon einmal laut darüber nach, ob es nicht möglich ist, dass wir die Grundsteuer B - und die Gewerbesteuerhebesätze wieder absenken. Und: Wie sieht es aus mit einem Mobilitätskonzept, welches Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und die Nutzer des ÖPNV gleichermaßen berücksichtigt – auch mit Blick auf den ruhenden Verkehr. Da gab es zuletzt so manches umstrittene Knöllchen, wie ich aus dem Beschwerdeausschuss weiß.

Hagen Aktiv denkt nach wie vor, dass ein Konzept für den ruhenden Verkehr im Rahmen von ISEK mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entstehen kann. Auch wenn die Verwaltung diesen Vorschlag von Hagen Aktiv in einer der letzten Sitzungen des Umweltausschusses als nicht durchführbar zurückgewiesen hat.

Weiterhin möchte ich noch einmal eine Lanze für unser Stadtgrünentwicklungskonzept brechen, welches der Rat ja nun schon einstimmig unter dem Titel „Masterplan Grün“ beschlossen hat. Ein Stadtgrünentwicklungskonzept ist für mich als Biologin und Ökotoxikologin viel mehr als nur der Versuch, eine Baumpflegesatzung zu implementieren oder jedes

Jahr ein paar Stadtbäume zu pflanzen. Aber: Das näher zu erläutern wäre eine Vorlesung für sich.

Schließlich ist es mir persönlich wichtig, auch vor dem Hintergrund des derzeitig markanten Insektensterbens einen Artenschutzmanager oder Artenschutzbeauftragten für das Stadtgebiet von Hagen zu befleißigen.

Damit bin ich fast schon durch mit dem, was ich heute hier sagen wollte.

Bleibt noch eine Sache, die ich insbesondere in den ersten Jahren meiner Ratszugehörigkeit immer wieder eingefordert hatte: Einen leicht verständlichen Haushaltsplan.

Das hat in meinen Augen zwei entscheidende Vorteile:

1. Die einfach zu begreifende Form des Haushaltsplans schafft für alle Menschen, die hier leben, die Möglichkeit, daran aktiv mitzuwirken – Stichwort Partizipation.
2. Wer klar und verständlich sagt, was er plant und sich – überprüfbar – daran hält, gewinnt nach meiner Meinung auch einen Vorsprung in Sachen Glaubwürdigkeit. Das Vertrauen in Verwaltung und Politik würde wachsen.

In Sachen Glaubwürdigkeit möchte ich zum Schluss noch auf einen Punkt im Haushaltsanierungsplan vergangener Jahre aufmerksam machen, der schon etwas befremdlich in seiner Auswirkung heute ist. Und zwar: Der Rat hatte mit der

Maßgabe, dass wir die verbleibenden Spielplätze dann völlig unproblematisch pflegen können, vor einiger Zeit eine Reihe von Spielplätzen für Kinder geschlossen und abgeräumt. Die Spielgeräte, so hieß es damals, stünden dann als Ersatz für ausfallende Spielgeräte andernorts zur Verfügung. Nun muss man lesen, dass die Stadt keine Mittel hat, um die um ein Drittel verringerte Zahl der Spielplätze im bespielbaren Zustand zu erhalten. In den Augen von Hagen Aktiv ist das ein Verlust an Glaubwürdigkeit. Wir können nur hoffen, dass das notwendige Geld unterdessen gefunden wurde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hagen aktiv wird dem Haushalt zustimmen.